

Controllingbericht

Dezernat 1

2. Quartal 2017

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	45.000 €	-95.000 €	-50.000 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	84.750 €	0 €	84.750 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	455.450 €	0 €	455.450 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	1.823.600 €	-1.675.000 €	148.600 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		2.408.800 €	-1.770.000 €	638.800 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	0 €	-225.800 €	-225.800 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	0 €	-540.000 €	-540.000 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	-5.101.000 €	0 €	-5.101.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	169.500 €	2.830.850 €	3.000.350 €
Gesamtveränderungen Investitionen		-4.931.500 €	2.065.050 €	-2.866.450 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

31.8.2017

Datum / Unterschrift Dezernentin

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der
Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
• Aufwand für vertiefende Organisationsuntersuchungen im Amt 50 (Ermächtigungsübertragung aus 2016)	-82.000
• übrige Veränderungen Amt 10	32.000
Summe Amt 10	-50.000
<u>Amt 11</u>	
• einmalige Landeszuweisung als Kostenausgleich für die Auswirkungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes	175.250
• verschiedene weitere Veränderungen Amt 11 (u. a. Mehraufwand Stellenausschreibungen, Kosten Jobticket, Sicherheitsdienst im Ausländeramt, usw.)	-90.500
Summe Amt 11	84.750
<u>Amt 20</u>	
• höhere Erträge aus Nebenforderungen (Vollstreckungs- und Mahngebühren, Säuminszuschläge) aufgrund steigender Fallzahlen (saldiert mit Veränderung bei abzuschreibenden Forderungen)	185.000
• Veränderungen im allgemeinen Finanzausgleich, u. a. aus den Festsetzungen zum GFG 2017	200.000
• übrige Veränderungen Amt 20 (Zinsen Kredite, usw.)	70.450
Summe Amt 20	455.450

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 22	
• höhere Ausschüttung Kreissparkasse Köln	2.150.000
• geringere Verkehrsverluste "Schiene" (KVB + SSB)	700.000
• übrige Veränderungen "Beteiligungen"	10.000
• höhere Gebührenerträge Wohnungsbauförderung	50.000
• Veränderung bei Projekten der Gebäudewirtschaft, insbesondere:	
-- Sanierung BK Hennef (Interim - zeitl. Verschiebung)	-1.600.000
-- Sanierung Förderschule Hennef-Bröl (überplanmäßig, vgl. Beschluss BuVa v. 22.06.17 und Mitteilung FA 28.06.2017)	-820.000
-- Sanierung Förderschule Windeck-Rossel (200 T€ aufgrund zeitlicher Verschiebung, Rest überplanmäßig)	-410.000
-- Erneuerung Elektroverkabelung Kreisfeuerwehrhaus (außerplanmäßig)	-60.000
-- Sanierung Lehrerzimmer BK Siegburg (außerplanmäßig)	-50.000
• nachträgliche Landeszuweisungen für Straßenbaumaßnahmen nach Schlussverwendungsnachweis	100.000
• Verzögerung Zustandserfassung Kreisstraßen für Straßendatenbank	125.000
• Sonstige Veränderungen Amt 22 (Versicherungen, Kostenerstattungen, usw.)	-46.400
Summe Amt 22	148.600

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 10	
• Veränderungen aus der Umsetzung von im Vorjahr geplanten Maßnahmen (Ermächtigungsübertragungen), insbesondere Soft- und Hardware für den 2. Standort Rechenzentrum	-360.800
• Veränderungen aufgrund Verschiebung von Beschaffungen und aus laufenden Projektabwicklungen (Ermächtigungsübertragung nach 2018 erforderlich):	
-- Erwerb zusätzlicher SAP-Lizenzen für Eingangsrechnungsworflow	50.000
-- Einführung Dokumentenmanagementsystem	50.000
-- Software Berichtswesen (Teile des Projekts können erst in 2018 durchgeführt werden)	35.000
Summe Amt 10	-225.800
Amt 11	
• zeitliche Verschiebungen beim Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung für das Kreishaus (Büromobiliar, etc.) aufgrund Verzögerungen Brandschutzsanierung (Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren)	-540.000
Summe Amt 11	-540.000
Amt 20	
• höhere Auszahlungen für (Sonder-) Tilgung variabler Darlehen	-5.101.000
Summe Amt 20	-5.101.000
Amt 22	
• <u>Substanzielle Veränderung</u> ergeben sich bei den Investitionen der Gebäudewirtschaft nur in geringem Umfang. Sie betreffen folgende Maßnahmen:	
-- Verkauf unbebauter Grundstücken	65.000
-- Verkauf der Rettungswache Neunkirchen-Pohlhausen	75.000
-- Neumöblierung Lehrerzimmer BK Siegburg (außerplanmäßig)	-30.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• Die wesentlichen <u>Veränderung aufgrund zeitlicher Verschiebung</u> ¹⁾ sind:	
-- Aus- und Umbau Schulgebäude BK Hennef	3.850.500
-- Neubau Rettungswache Bornheim wg. Verzögerungen Grunderwerb	667.000
-- Neubau Rettungswache Ruppichteroth	358.000
-- Neubau Rettungswache Much	342.000
-- Verschiebung Sanierung Gebäude BK Troisdorf	300.000
-- spätere Umsetzung von Maßnahmen i. Z. mit der BS-Sanierung des Kreishauses (z.B. LAN)	135.000
-- Neubau JHZ Eitorf (Grunderwerb und späterer Fördermittelabruf)	-755.000
-- Sanierung Schulgebäude SQ Alfter (Ermächtigungen Vorjahre)	-1.700.000
-- Sonstige Maßnahmen in jeweils geringerem Umfang	184.200
• <u>Substanzielle Veränderung</u> ergeben sich bei den Investitionen des Kreisstraßenbaus ausschließlich infolge nicht mehr benötigter Mittel für Grunderwerbsmaßnahmen.	59.500
• Die wesentlichen <u>Veränderung aufgrund zeitlicher Verschiebung</u> sind:	
-- K6 Ausbau OD Hennef-Hanfmühle	475.000
-- K29 Verzögerungen Bau Umgehung Troisdorf-Kriegsdorf	-450.000
-- K17 Schlussabwicklungen Ausbau / Radweg	-251.000
-- Restabwicklungen K14, Wachtberg-Gimmersdorf (Brückenbauwerk)	-230.000
-- Weitere Veränderung in geringem Umfang bei einer Vielzahl von Maßnahmen (saldiert)	-94.850
Summe Amt 22	3.000.350

¹⁾ Bei der Durchführung einer Vielzahl von investiven Maßnahmen kommt es (beim Kreisstraßenbau insbesondere wg. fehlendem Baurecht, ausstehenden Schlussrechnungen, etc.) zu zeitlichen Verzögerungen. In solchen Fällen ist die Übertragung der entsprechenden (restlichen) Ausgabeermächtigung bis zur entgeltigen Fertigstellung der Maßnahme erforderlich. Dies hat im jeweils lfd. Haushaltsvollzug entweder zur Folge, dass

- Maßnahmekosten, soweit sie nicht aus einem Haushaltsansatz, sondern aus Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren finanziert werden, zu Verschlechterungen führen, diese aber durch die übertragenden Mittel gedeckt sind, oder dass

- veranschlagte Maßnahmekosten aufgrund der zeitlichen Verzögerungen erspart werden und dies somit zu entsprechenden Haushaltsverbesserungen führt, die Ausgabeermächtigungen jedoch im Rahmen der Ermächtigungsübertragungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden müssen.

Beide Sachverhalte führen zwar zu Abweichungen ggü. der Hpl.-Veranschlagungen; sie stellen allerdings keine "substanziellen" Haushaltsveränderungen dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u>	
<u>Amt 11</u>	
<u>Amt 20</u>	
<u>Amt 22</u> Nach derzeitigem Sachstand ist aufgrund der aktualisierten Kostenberechnung beim Bau der K 14n mit rund 1 Mio. € Mehrkosten gegenüber dem bisher im Haushalt insgesamt eingeplanten Mitteln (5,5 Mio. €) zu rechnen, die Ausschreibung läuft derzeit, die Ergebnisse bleiben abzuwarten. Gleichzeitig steht mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass die Maßnahme zu 60% vom Land gefördert wird.	

Controllingbericht

Dezernat 2

2. Quartal 2017

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
02-06	Kommunalaufsicht und Wahlen	0 €	0 €	0 €
02-07	Kommunales Integrationszentrum	-128.120 €	-146.970 €	-275.090 €
Amt 31	Kreispolizeibehörde - Zentrale Aufgaben	0 €	0 €	0 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	-3.724.000 €		-3.724.000 €
Amt 50	Sozialamt	1.476.427 €	1.117.410 €	2.593.837 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-2.375.693 €	970.440 €	-1.405.253 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	21.800 €	-1.646.730 €	-1.624.930 €
Amt 50	Sozialamt	0 €	-1.750 €	-1.750 €
Gesamtveränderungen Investitionen		21.800 €	-1.648.480 €	-1.626.680 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

21.08.2017 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>02-06</u>	
Summe 02-06	0
<u>02-07</u>	
- Die Veränderungen im Produkt 01.70 ergeben sich aus folgenden Gründen: 1. Geringere Personalkostenerstattung durch das Land auf Grund einer kleineren personellen Aufstockung als in den Haushalt eingeplant; 2. NRW-Projekt-Förderprogramm KOMM-AN-NRW u.a. auf Grund von Rückerstattungen und Rückforderungen aus dem Vorjahr. 3. Rückerstattungen an das Land bezogen auf die Förderprogramme "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe" aus dem Jahr 2015. 4. Zeitliche Verschiebung der Zuschüsse für die Tätigkeit des Neubürgerbeauftragten sowie der RWE-Gelder zur Verteilung an Sprachförderprojekte. 5. Umbuchungen der zur Verteilung zur Verfügung stehenden rückerstatteten BuT-Mittel für Projektfinanzierungen durch den Neubürgerbeauftragten. 6. Überplanmäßige Ermächtigung auf Grund einer fehlenden Veranschlagung des Aufwands für die Weiterleitung zweckgebundener Landesmittel.	-275.090
Summe 02-07	-275.090
<u>Amt 31</u>	
Es wird in diesem Jahr voraus. keine wesentlichen Veränderungen geben.	
Summe Amt 31	0
<u>Amt 38</u>	
Die Gebührenerhöhung für Rettungsdienst und Leitstelle war erst zum 01.07.2017, nach längeren Verhandlungen mit den Landesverbänden der Krankenkassen möglich. Als Folge ergibt sich im 1. Halbjahr noch ein Defizit. Dieses Defizit wird bei der künftigen Gebührenbedarfsberechnung berücksichtigt.	-3.724.000
Summe Amt 38	-3.724.000
<u>Amt 50</u>	
Per Saldo ergibt sich eine prognostizierte Gesamtverbesserung i.H.v. rd. 2,6 Mio €; diese resultiert im Wesentlichen aus folgenden Veränderungen: Hilfe zur Pflege in Einrichtungen und Pflegegeld <i>Der aufgrund des Pflegestärkungsgesetzes II verringerte einrichtungseigene Eigenanteil reduziert die Aufwendungen in bislang "teuren" Einzelfällen.</i>	2.860.000,00 €

Sachverhalt	Veränderung in €
• Erträge Hilfe zur Pflege in Einrichtungen <i>Wegen der verringerten Aufwendungen können auch nur geringere Erträge realisiert werden.</i>	- 155.000,00 €
• Eingliederungshilfe und Frühförderung <i>Kontinuierliche Steigerung der Fallzahlen und Kosten im Einzelfall - die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung nicht in diesem Ausmaß erwartet wurden.</i>	- 2.260.000,00 €
• Zuweisung vom Land "Wohngeldentlastung" SGB II <i>Die Landeszuweisung ist höher als die Prognoseberechnung des Landkreistages, die Grundlage für die Haushaltsplanung war, erwarten ließ.</i>	2.280.000,00 €
• Bundeserstattung KdU SGB II <i>Aktuell werden die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen nur zum Teil gedeckt, weil die Weiterleitung der entsprechenden Erstattung innerhalb von NRW noch nicht abschließend geklärt ist; in der Planung wurde hingegen von einer 100%-igen Erstattung ausgegangen. Für die Prognose wurde der aktuell erhöhte vorläufige NRW-Erstattungsanteil von 5,3 % (zuvor 2,2 %) der Gesamtnettoaufwendungen KdU SGB II berücksichtigt.</i>	- 753.400,00 €
• Sonstige Erstattungsleistungen SGB II <i>Die Erstattungen, die sich auf SGB II-Leistungen beziehen, sind niedriger, als im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung erwartet.</i>	- 400.000,00 €
• KdU SGB II <i>Die Kosten steigen aktuell; insbesondere aber in den ersten Monaten des Jahres stiegen sie nur moderat an und nicht entsprechend der Berechnungen zu den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen.</i>	1.500.000,00 €
• Leistungen SGB II für - Wohnung, Umzug, Mietkaution - Erstausrüstung Wohnung und Hausrat - Erstausrüstung Bekleidung, Schwangerschaft <i>Der Anstieg im Bereich der Kosten für Wohnungsbezug und -ausstattung kann im Zusammenhang mit dem Thema Flucht stehen.</i>	- 330.000,00 €
• Verwaltungskosten jc <i>Verringerter Erstattungsanteil aufgrund niedrigerem Anteil kommunalen Personals; demgegenüber höhere Personalkostenerstattungen an die Kommunen aufgrund von Erhöhungen der Entgelte und geringfügig ansteigender kommunaler Finanzierungsanteil.</i>	- 825.000,00 €

Sachverhalt	Veränderung in €
• Erhöhte Bundeserstattung für Bildungs- und Teilhabeleistungen für Wohngeldempfänger und Kindergeldzuschlagsempfänger <i>Höherer Anteil RSK an Gesamtaufwendungen in NRW, resultierend aus dem Vorjahr</i>	440.000,00 €
• Förderung ambulanter und teilstationärer Pflegeeinrichtungen <i>Nach Inkrafttreten der Pflegestärkungsgesetze hat sich das Angebot ambulanter und teilstationärer Einrichtungen teilweise massiv ausgeweitet. Im Hinblick darauf und auf die in vielen Fällen steigenden Investitionskosten, wurde im Rahmen der Haushaltsplanung von erheblich steigenden Kosten ausgegangen, die jedoch bisher moderater ansteigen, als zunächst vermutet.</i>	100.000,00 €
• Behindertenfahrdienst <i>Der Fahrdienst für Menschen mit Behinderung wird vom berechtigten Personenkreis aktuell weniger genutzt, als grundsätzlich möglich.</i>	70.000,00 €
• Sonstige Veränderungen im Budget per Saldo <i>(z. B. sonstige Leistungen/Sachverhalte, erhöhter Landeszuschuss Personalkostenausgleich für MitarbeiterInnen Elterngeld etc.)</i>	67.237,00 €
Summe Amt 50	2.593.837 €

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 38</u>	
Für die laufenden Projekte des Amtes 38 werden neben den für 2017 vorgesehenen Haushaltsansätze genehmigte Ermächtigungsübertragungen aus 2016 in diesem Umfang verwendet.	-1.624.930
Summe Amt 38	-1.624.930
<u>Amt 50</u>	
Ermächtigungsübertragung i. H. v. 1.750 € für Anschaffungen für das kreiseigene Frauenhaus, die in 2016 bestellt, aber erst in 2017 abgerechnet wurden	-1.750
Summe Amt 50	-1.750

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 2

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
02-06	
02-07 Die Zuweisungen durch das Land werden geringer ausfallen als geplant, da es im laufenden Jahr Personaländerungen geben wird, welche die Zuweisungen bei der Personalaufwendung verringern werden.	
Amt 31 Bisher fallen jährlich ca. 10.000,-- EUR Gebühren für die Begleitung von Schwertransporten an. Diese sollen voraussichtlich 2018 entfallen.	
Amt 38 0.38.10 - Zum 01.07.2017 erhöhen sich die Gebühren im Rettungsdienst durch eine neuen Gebührensatzung. 0.38.10 - Maßnahmen zur Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes können sich verzögern oder nur mit höheren Kosten realisieren lassen. 0.38.10 - Ausfälle bei der Abrechnungssoftware für Rettungsdienstgebühren können zu verzögerten Einnahmen führen. Eine neue Abrechnungssoftware ist für 2017 geplant. 0.38.30 - Es können sich Mehraufwendungen im Zusammenhang mit größeren Schadenereignissen oder erforderlichen Vorplanungen für aktuelle Situationen ergeben.	
Amt 50 0.50.10 - Nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände sind durch verschiedene gesetzliche Neuregelungen, wie z.B. Inklusionsstärkungsgesetz, Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetz, einerseits zusätzliche Leistungsansprüche und demzufolge eine Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten, sowie andererseits erheblicher Mehraufwand im Verwaltungsverfahren der Sozialbehörde zu befürchten. Die durch die gesetzlichen Änderungen bedingten Auswirkungen dürften sich erst nach und nach abzeichnen und können noch nicht beziffert werden. 0.50.20 - Ein weiteres Risiko resultiert aus den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen im SGB II-Bereich: Hinsichtlich der Höhe der Mehraufwendungen ist keine gesicherte Prognose möglich, und auch die Regelungen zur Erstattung sind noch nicht abschließend. Derzeit kann dementsprechend nicht zuverlässig beurteilt werden, welche Verteilungs- und Abrechnungsschlüssel endgültig zur Anwendung gelangen (voraussichtlich wird sich dies in 2018 entscheiden) und ob tatsächlich eine 100%-ige Erstattung erreicht wird, von der bei der Ansatzplanung ausgegangen wurde. Für diesen Controllingbericht wurde mit der aktuell angepassten vorläufigen Erstattung kalkuliert, die nun bei NRW-spezifischen 5,3 % der Nettoaufwendungen KdU SGB II liegt (zuvor 2,2 %). 0.50.20 und 0.50.30 - Auch der endgültige Anteil für die Erstattung der Bildungs- und Teilhabeleistungen wird erst zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Aus diesem Grund kann es auch hier zu Abweichungen kommen, die bislang nicht bezifferbar sind.	

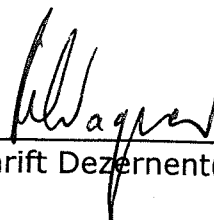
Dezernat 3**2. Quartal 2017**

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 17 Archiv	-12.500 €	0 €	-12.500 €
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	-742.000 €	-16.800 €	-758.800 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	0 €	-30.000 €	-30.000 €
Amt 51 Jugendamt	-871.450 €	0 €	-871.450 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	67 €	0 €	67 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	-1.625.883 €	-46.800 €	-1.672.683 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	0 €	0 €	0 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	0 €	0 €	0 €
Amt 51 Jugendamt	0 €	0 €	0 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	0 €	0 €	0 €
Gesamtveränderungen Investitionen	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

15.08.2017,

Datum / Unterschrift Dezernent(in)



Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
• Wegen Sanierungsarbeiten keine Landesförderung für Projekte, da diese wegen der Schließung der Gedenkstätte derzeit nicht durchgeführt werden können.	-12.500
Summe Amt 17	-12.500
<u>Amt 40</u>	
• Bundesmittel für Erasmus-Projekt am Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef und Kostenerstattung für den Einsatz von Freiwilligen in den Internationalen Förderklassen.	40.000
• Schülerbeförderungskosten an den Berufskollegs konnten nur geschätzt werden, weil die Spitzabrechnung der RSVG aufgrund einer Umstellung der Finanzsoftware fehlte.	-330.000
• Kosten der Bundesfreiwilligen für den Einsatz in den Internationalen Förderklassen in den Berufskollegs.	-50.000
• Höhere Zuwendungen des Landes für zusätzlich eingerichtete Gruppen des Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen.	24.000
• Mehreinnahmen bei Elternbeiträgen für den Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen, weil mehr Gruppen.	9.000
• Mehreinnahmen bei der Mittagsverpflegung des Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen wegen zusätzlicher Gruppen.	10.000
• Höhere Schülerbeförderungskosten von Förderschülern, weil wegen steigender Schülerzahlen mehr Beförderungskilometer zu bezahlen waren. Ebenfalls Fahrtroutenoptimierung der Unternehmen erforderlich.	-450.000
• Höhere Sachkosten für Gruppen des Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen, weil mehr Gruppen eingerichtet wurden.	-16.800
• Bildungskordinierung: Weniger Landeszuweisung für das zdi-Projekt. EFRE-Fördermittel zu späterem Zeitpunkt, voraussichtlich 2018.	-65.000
• Landeszuweisungen für zdi-Projekt, hier MINT-Förderung. Defensiver beim Ansatz kalkuliert, als tatsächlich gewährt wurde.	30.000
• Zeitliche Verzögerung beim zdi-Projekt. Ausgaben kommen voraussichtlich 2018 zum Tragen.	70.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• Zugewiesene zdi-Mittel werden in voller Höhe für MINT-Projekte eingesetzt.	-30.000
Summe Amt 40	-758.800
Amt 41	
• Erforschung von NS-Medizinverbrechen: Im Jahr 2017 werden voraussichtlich nach nur 2/3 der veranschlagten Mittel verausgabt. Die voraussichtlich übrigen 30.000 EURO sollen nach 2018 übertragen werden.	-30.000
Summe Amt 41	-30.000
Amt 51	
• Tagespflege in der Kindertagesbetreuung: Höhere Gebühreneinnahmen wegen höherer Fallzahlen.	242.000
• Tagespflege in der Kindertagesbetreuung: Höheres Fallaufkommen.	-570.000
• Intensive Sozialpädagogische Einzelfallbetreuung: Unbegleitete Minderjährige Ausländer - keine Kostenerstattung.	-27.000
• Sozialpädagogische Familienhilfe: Weniger Fälle mit Kostenerstattung durch andere Jugendhilfeträger.	-36.000
• Kostenerstattung für einen Fall bei der Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe.	60.000
• Höheres Fallaufkommen bei Erziehungsbeistandschaften.	-25.000
• Geringeres Fallaufkommen bei Erziehungsbeistandschaften in Zusammenarbeit mit freien Trägern.	113.000
• Intensive Sozialpädagogische Einzelfallbetreuung: Fallbeendigungen.	160.000
• Sozialpädagogische Familienhilfe: Höheres Fallaufkommen, komplexere Hilfen.	-188.200
• Soziale Gruppenarbeit: Weniger Aufwand durch beendete Fälle	40.000
• Hilfe zur Erziehung / Tagesgruppe: geringeres Fallaufkommen	303.000
• Steigerung der Fallzahlen in der ambulanten Eingliederungshilfe.	-360.000
• Höhere Landeserstattungen bei Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften.	86.025
• Höhere Erstattungen durch andere Jugendhilfeträger und Sozialleistungsträger bei den Familienersetzenden Hilfen (Pflegefamilien, Heime).	586.025

Sachverhalt	Veränderung in €
• Fallzahlensteigerungen und ausstehende Kostenerstattungen an andere Jugendhilfeträger bei den Familienersetzenden Hilfen (Pflegefamilien, Heime).	-855.000
• Unterhaltsvorschuss-Gesetz: Positive Entwicklung bei der Heranziehung und höhere Landeszuweisungen.	227.700
• Unterhaltsvorschuss-Gesetz: Wegen Gesetzesänderung geschätzte Verdopplung des Aufwandes und Anpassung der Einnahmeablieferung an das Land.	-628.000
Summe Amt 51	-871.450
Amt 57	
• Erziehungsberatung	67
Summe Amt 57	67

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
•	
•	
•	
Summe Amt 40	0
<u>Amt 41</u>	
•	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
•	
Summe Amt 51	0
<u>Amt 57</u>	
•	
Summe Amt 57	0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u>	
Fehlanzeige	
<u>Amt 40</u>	
Risiken: Preispolitik der RSVG bei den Schülerbeförderungskosten, Ausschreibungsergebnisse. Hier kann es in 2018 zu weiteren Kostensteigerungen kommen. Auch und gerade, wenn die Schülerzahlen im Bereich der Förderschulen so steigen wie bisher.	
Förderschulen: Bei steigenden Schülerzahlen sind größere Raumkapazitäten vorzuhalten, mehr Aufwendungen bei Sachkosten, Fördernden Offenem Ganztage, Schülerspezialverkehr, ggfs. Nicht-Lehrendes Personal etc.	
<u>Amt 41</u>	
Fehlanzeige	
<u>Amt 51</u>	
Grundsätzlich ist es sehr schwierig, für die Teilprodukte 0.51.40 und 0.51.70 Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Auch zu der Höhe der Kostenerstattungen des überörtlichen Trägers im Rahmen der Hilfe für Flüchtlinge können weiterhin nur vage Vermutungen geäußert werden.	
Durch die Gesetzesänderung im Unterhaltsvorschuss-Gesetz werden sich vor allem auf der Aufwandsseite erhebliche Verschlechterungen ergeben.	
Bei der Kindertagesbetreuung ist mit weiteren Bedarfen und damit mit saldierten Mehrausgaben zu rechnen.	
Verbesserungen durch die Umsetzung der Organisationsuntersuchung bei den Hilfen zur Erziehung können noch nicht beschrieben werden.	
<u>Amt 57</u>	
Fehlanzeige	

Controllingbericht

Dezernat 4

2. Quartal 2017

EINGANG

17. Juli 2017

Rhein-Sieg-Kreis
- Finanzbuchhaltung -

Abweichung ggü. Haushaltplan
(+ Verbesserung / - Verschlechterung)

		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	-127.000 €		-127.000 €
Amt 63	Bauaufsichtsamt	300.000 €		300.000 €
Amt 66	Amt für Technischen Umweltschutz	-3.000 €	-107.300 €	-110.300 €
ehem. Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	-47.000 €	-47.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		170.000 €	-154.300 €	15.700 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	0 €		0 €
Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €		0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

13.7.17 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 39</u>	
• Rückläufige Gebühreneinnahmen durch geringere Stückzahlen bei Schlachttieren (Fleischuntersuchung)	-18.000
• Gebührenbefreiung bei der Trichinenuntersuchung bei Frischlingen, ab Juli 2017	-9.000
• Zu hohe Prognose der Gebühreneinnahmen für Primärkontrollen (neue gesetzliche Befreiungstatbestände)	-100.000
Summe Amt 39	-127.000
<u>Amt 63</u>	
• Gebühren für Baugenehmigungen: Durch personelle Aufstockung Abbau der Rückstände und Steigerung der Fallzahlen.	300.000
Summe Amt 63	300.000
<u>Amt 66</u>	
• Produkt Abfall: Erhöhte Einnahmen aus Erstattung bei Ersatzvornahmen	9.000
• Produkt Wasser: Geringere Gebühreneinnahmen, steigende Verbandsbeiträge	-14.000
• Produkt Klimaschutz: Projekt "Ökoprofit" wird nicht durchgeführt	2.000
• Produkt Bodenschutz: Sanierung der Altlast de Haer in Troisdorf sollte in 2016 begonnen werden, Start ist in 2017 (Ermächtigungsübertragung aus 2016).	-107.300
Summe Amt 66	-110.300
<u>ehem. Amt 67</u>	
• In 2016 geplante Landschaftspflege-Maßnahmen und Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes werden in 2017 durchgeführt (Ermächtigungsübertragung aus 2016).	-47.000
Summe Amt 67	-47.000

Controllingbericht

Dezernat 5

2. Quartal 2017

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
05-04 . Datenschutzbeauftragter	500 €		500 €
Amt 30 Rechts- und Ordnungsamt	-1.700 €		-1.700 €
Amt 36 Straßenverkehrsamt	-1.184.000 €		-1.184.000 €
Amt 52 Versorgungsamt	-124.000 €		-124.000 €
Amt 53 Gesundheitsamt	-2.400 €		-2.400 €
Amt 62 Amt für Katasterwesen und Geoinformation	46.177 €		46.177 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	-1.265.423 €	0 €	-1.265.423 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 36 Straßenverkehrsamt	25.000 €		25.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	25.000 €	0 €	25.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

26.7.2017

Jaeger

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>05-04 Datenschutzbeauftragter</u>	
• Der Ansatz für ordentliche Aufwendungen wird voraussichtlich um 500,-- € unterschritten werden	500
Summe 05-04	500
<u>Amt 30</u>	
• Sprengstoffwesen 30.03 überholte Prognose,	1.500
• Jagd- u. Fischerei dto.	10.000
• Gewerbeang. 30.05, apl. Einnahmen aus neuer Aufgabe "Bewachungsgewerbe"	10.000
• Schwarzarbeit 30.06 durch Krankheit kein Außendienst	-5.000
• Sprengstoffwesen 30.0 erhöhte Gerichtskosten	-1.000
• Gewerbeangelegenheiten 30.05 div.	-200
• Schwarzarbeit 30.05 ungeplante AfA auf Bußgelder	-2.000
• neue Aufgaben nach dem ProstSchG, apl. Ausgabe	-5.000
• Einbürgerungen geringere Bearbeitung durch hohen Krankenstand	-10.000
Summe Amt 30	-1.700
<u>Amt 36</u>	
• Verkehrssicherung: der Gebührenansatz, der im Vergleich zum letzten HH um 50 % angehoben worden war, kann nahezu gehalten werden	-5.000
• Gebühren für Personen-/Güterbeförderung: der Ansatz musste wegen Anhebung der Laufzeiten in Güterkraftverkehr von 5 auf 10 Jahre neu bestimmt werden und wird wohl zu Mindereinnahmen von 11.000,--€ führen.	-11.000
• Honorar für Taxigutachten zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Taxigewerbes	30.000
• Zulassungen+Abmeldungen: geringfügiger Anstieg der Fallzahlen	14.000
• Überwachung der Halterpflichten: weitere Steigung der Effektivität	7.000
• Fahrerlaubnisse+Überwachung: Anstieg der Fallzahlen	81.000
• Überwachung des fließenden Verkehrs: Weiterhin Anlagenausfall durch Vandalismus. Auch Fahrbahnsanierungen durch den Landesbetrieb führen zu mehrmonatigen Außerbetriebsetzungen stationäre Meßstellen. Hinzu kam ein überprop. Krankenstand (23%!). Ein sehr hohes Stauaufkommen auf der A 59 führte zu einer weiteren Reduzierung der Fallzahlen. Wenn sich die Krankheitstage im mobilen Meßdienst weiter entspannen sollten, könnte sich das im 3. Quartal noch positiv auswirken.	-1.300.000
Summe Amt 36	-1.184.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 52</u>	
• Kosten für externe ärztliche Befundberichte erhöht wegen Aufarbeitung von Arbeitsrückständen (einmaliger Effekt)	-59.000
• Aufwände für Sachverständige/Gutachter (Kosten für externe gutachterliche Stellungnahmen); der Empfehlung der GPA folgend werden verstärkt Anträge an Außengutachter vergeben.	-65.000
Summe Amt 52	-124.000
<u>Amt 53</u>	
• Landeszuweisungen für Sachmittel und Personalkosten zur Unterstützung der Seiteneinsteiger beim schulärztlichen Dienst	8.000
• weniger Gutachteraufträge bearbeitet, weil während der Brandschutzsanierung kein Behandlungsraum für Untersuchungen zur Verfügung stand.	-15.000
• im Bereich des "aufsuchenden ärztlichen Dienstes" (AAD) Vakanz in einem SPZ und vorhandener Stellen; dort konnten nicht alle Mittel ausgezahlt werden	24.600
• wegen komplexer Fälle/Störfälle und erhöhtem Personalausfall (Krankheit, Elternzeit pp.) wurden weniger Begehungen realisiert	-20.000
Summe Amt 53	-2.400
<u>Amt 62</u>	
• Erstattungen Land: der progn. Ansatz wurde verdoppelt	26.177
• Erstattung für Ersatzvernahmen; die Eigentümer kommen der Einmessungspflicht weitgehend nach.	-40.000
• Aufwendungen für Rechte und Dienste Dritter. Die vom Amt durchgeführten Zwangseinmessungen werden nach Ende des Jahres intern verrechnet. Die Prognose fällt (s.o.) viel geringer aus, da die Zwangsanwendungsfälle deutlich geringer liegen als angenommen	60.000
Summe Amt 62	46.177

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 36</u>	
• Die Umstellung auf digitale Anlagentechnik wird zum Abschluß gebracht (2. Fahrzeug). Durch Ausnutzung von Synergien aus der stationären Anlagentechnik können voraussichtlich 25.000,-- € eingespart werden. •	25.000
Summe Amt 36	25.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>05-04</u>	
<u>Amt 30</u>	
<u>Amt 36</u> im Bereich 0.36.60 können im 2. Hj. 2 durch Vandalismus ausgefallene stationäre Standorte wieder in Betrieb gesetzt werden. Sofern nicht neue Ausfälle hinzukommen, kann wieder mit ansteigenden Fallzahlen gerechnet werden. Vermutlich nur geringfügige Ertragseinbußen wird die Kalibrierung der Maschine für die Naßfilmentwicklung zur Folge haben.	
<u>Amt 52</u> Entsprechend der Empfehlung der GPA werden mehr Gutachten an Außengutachter vergeben. Dem Einsparungspotential an Personalkosten stehen vermehrte Aufwendungen an Sachkosten für deren Honorare gegenüber.	
<u>Amt 53</u>	
<u>Amt 62</u>	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

2. Quartal 2017

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stab 01	Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung	7.285 €	-8.500 €	-1.215 €
Stab 02	Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	-18.500 €	-92.600 €	-111.100 €
Stab 03	Gleichstellungsbeauftragte	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Kreistagsbüro	0 €	0 €	0 €
Stab 14	Prüfungsamt	0 €	0 €	0 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-11.215 €	-101.100 €	-112.315 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind in den als **Anlage** beigefügten **Berichten der Stabstellen** dargelegt.

Controllingbericht

2. Quartal 2017

Stab 01 Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.90.10 Wirtschaftsförderung	1	0
0.90.11 Regionale Kooperationen	2	0
0.90.20 Statistik	3	0
0.90.30 Planungsangelegenheiten	4	28.185
Summe Veränderung aus Produkten		28.185
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen	5	0
zzgl. Veränderungen aus Projekten	6	-29.400
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-1.215
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung		-8.500
Veränderungen aus Investitionen	7	0
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebungen		0

Chancen und Risiken

8

22.8.17 
Datum / Unterschrift Leitung Stäbe

0.90.10 Wirtschaftsförderung

[illegible]

Anlage 1

0.90.11 Regionale Kooperationen

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2017	Prognose 2017	Veränderung		
<u>Erträge</u>						
<u>Aufwendungen</u>						
		Saldo		0	0	

0.90.20 Statistik

[illegible]

0.90.30 Planungsangelegenheiten

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2017	Prognose 2017	Veränderung		
<u>Erträge</u>						
442300	Erstattung von Gemeinden	0	-32.234	-32.234		abschließende Erstattung der Kommunen zur AST-Abrechnung Kostenanteile Kommunen -Aufwand 2016 L274n- (16.806 €); Verkauf Radwanderkarte (1.578 €)
441100		0	-1.578	-1.578		
<u>Aufwendungen</u>						
545300	Verlustübernahme	0	11.997	11.997		abschließende Verlustübernahme AST-Abrechnung für 2016: gedeckt durch Erstattung AST-Abrechnung (15.428 €). Die hierfür gebildete Rückstellung in Höhe von 7.100 € kann ertragswirksam aufgelöst werden, weil sie nicht mehr benötigt wird.
542901		0	50.000	50.000		
						Mehraufwendungen für die Gründung der Regionale 2025 GmbH, nachdem 'Das Bergische Rheinland' zu Zuschlag zur Durchführung einer Regionale 2025 erhalten hat (gedeckt durch apl in Höhe von 50.000 €). Beschluss Finanzausschuss 28.06.2017.
Saldo			28.185	0		

Stab 01 - Kostenstellen

[illegible]

Stab 01 - Projekte

[illegible]

Stab 01 - Investitionen

Maßnahme		Ansatz 2017 (gesamt)	Angaben in € Prognose 2017		davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
PSP-I /	Bezeichnung			Veränderung		
5.900001.605.001	Breitbandausbau, Landeszuweisungen	-3.122.000	0	-3.122.000	-3.122.000	Die Vertragsverhandlungen mit Anbietern stehen vor dem Abschluss. Fristverlängerung für den Bewilligungszeitraum bis 31.10.17 beantragt.
5.900001.605.002	Breitbandausbau, Bundeszuweisungen	-3.299.000	0	-3.299.000	-3.299.000	
5.900001.605.003	Breitbandausbau, Zuweisungen Kommunen	-177.000	0	-177.000	-177.000	s.o.
5.900001.700.001	Breitbandausbau	6.598.000	0	6.598.000	6.598.000	s.o.
		Saldo		0	0	

Stab 01 - Chancen und Risiken

Sachverhalt

(Kurzbeschreibung)

Volumen in €
(soweit bezifferbar)

entfällt

Controllingbericht

2. Quartal 2017

Stab 02 Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit, Büro Landrat

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.01.30 Pressestelle		0
0.01.50 Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	1	-111.100
Summe Veränderung aus Produkten		-111.100
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-111.100
nachrichtlich: davon durch zeitliche Verschiebung		- 92.600

Chancen und Risiken

7/7/17 R. Lortz

Datum / Unterschrift Leitung Stab

0.01.50 Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat

Konten	Bezeichnung	Ansatz 2017	Angaben in € Prognose 2017	Veränderung	davon durch zeitliche Verschiebung	
<u>Erträge</u>						kurze Erläuterung
<u>Aufwendungen</u>						
	542901	15.000	107.600	-92.600	- 92.600	92.600 aus Mittelübertragung
	542901	0	18.500	-18.500		Geplant ist im Nachgang zum Relaunch des Internets eine Designstudie, die Entwicklungsmöglichkeiten von Logo und Corporate Design beleuchtet. Üpl muss noch beantragt werden.
	Saldo			-111.100	- 92.600	

bitte Eingabe

Controllingbericht

2. Quartal 2017

Stab 05 ~~Amt für Kommunalaufsicht, Wahlen , Kreistagsbüro~~

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.40	Kreistagsbüro, Fraktionen	bitte Eingabe	0
	Summe Veränderung aus Produkten		0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich:</u> davon aus Ermächtigungsübertragungen			0

Chancen und Risiken

bitte
Eingabe

**Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen
Veränderungen absehbar.**

16/8/17
Datum / Unterschrift Amtsleitung

0.01.40 Kreistagsbüro, Fraktionen

[illegible]**bitte Eingabe**

Controllingbericht

2. Quartal 2017

Amt 14 Prüfungsamt

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.14.10 Rechnungsprüfungen		0
Summe Veränderung aus Produkten		0
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen	-	0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		0
<u>nachrichtlich:</u> davon aus Ermächtigungsübertragungen		0

Chancen und Risiken

Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen Veränderungen absehbar.

21/06/17 
Datum / Unterschrift Amtsleitung

Amt 14 - Kostenstellen

Kostenstelle / Bezeichnung	Ansatz 2017 (gesamt)	Angaben in €		davon EÜ	kurze Erläuterung
		Prognose 2017	Veränderung		
140000 Amtskostenstelle	0				
Saldo			0	0	

bitte Eingabe

Amt 14 - Chancen und Risiken

Sachverhalt

(Kurzbeschreibung)

Derzeit keine

Volumen in €
(soweit bezifferbar)

bitte Eingabe

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

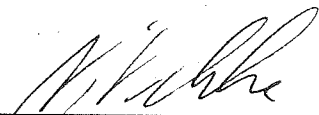
2. Quartal 2017

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	-400.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	330.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	860.000 €
Gesamtveränderung	790.000 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Allgemeiner Haushalt:</u>	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	800.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2016 unter Berücksichtigung der Besoldungserhöhung von 2%. Die Bewertung der Beihilfeverpflichtung wurde erneut angepasst unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitstafeln in der privaten Krankenversicherung 2015.	-400.000
Beiträge Versorgungskasse Die Umlagegemeinschaft der Rheinische Versorgungskassen führt zu nicht kalkulierbaren Erstattungen oder Nachzahlungen. Nach der Erstattung in 2016 war in 2017 ein Betrag in Höhe von über 600 T€ nachzuzahlen. Aufgrund der daraufhin neu festgesetzten Abschlagszahlungen kommt es zu einer Verschlechterung von rd. 800 T€.	-800.000
Summe	-400.000
<u>Teilhaushalt Jugendamt:</u>	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	440.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-40.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-70.000
Summe	330.000
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
Personalaufwendungen Die vom Personalausschuss am 16.02.2016 beschlossenen 23 neuen Stellen für das job-center konnten bislang nicht alle besetzt werden. Darüber hinaus entstehend laufend Vakanzen aufgrund einer auch hier relativ hohen Fluktuation (Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit, Elternzeit etc.)	860.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Dennoch kommt es hier zu einer geringfügigen Verbesserung, weil aufgrund der Verrechnung von Kostenstellen für den Teilhaushalt job-center mehr Beamtenbezüge eingeplant wurden als tatsächlich anfallen.	3.000
• Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-3.000
Summe	860.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Bereich
des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die <u>Rheinische Versorgungskasse</u> das Ergebnis noch wesentlich verändern.	